

Wahlprüfsteine

Der Mittelstand. BVMW

Frage 1: Sieht Ihre Partei Änderungsbedarf am bestehenden Vergabe- und Tariftreuegesetz? Wenn ja, nach welchen Kriterien sollten öffentliche Aufträge in Hessen in Zukunft vergeben werden?

Frage 2: Sieht Ihre Partei Änderungsbedarf am bestehenden Vergabe- und Tariftreuegesetz? Wenn ja, nach welchen Kriterien sollten öffentliche Aufträge in Hessen in Zukunft vergeben werden?

Antwort: Wir Freie Demokraten setzen uns für ein schlankes und unbürokratisches Vergabegesetz ein. Wir wollen vor diesem Hintergrund das hessische Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestalten und umfassend bürokratische Hemmnisse hinterfragen und beseitigen.

Das Vergaberecht darf nicht zum Einfallstor für die Verankerung politisch motivierter, praxisfeindlicher Vorgaben werden (zum Beispiel Festschreibung eines Landesmindestlohnes), sondern muss auf seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, beschränkt bleiben. Die gesetzlichen Vorschriften und Standards im Sozial- und Umweltbereich sind ausreichend und bedürfen keiner zusätzlichen Verschärfung durch spezifische Landesregelungen. Dadurch werden Aufwand und Bürokratie vermieden, was auch im Interesse der öffentlichen Hand und damit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist.

Frage 3: Welche Maßnahmen zum Ausbau und der Festigung des internationalen Finanzstandorts Frankfurt planen Sie?

Antwort: Wir Freie Demokraten wollen Frankfurts Status als eine von vier europäischen Hauptstädten stärken. Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main und der Bundesebene setzen wir uns daher für die Ansiedelung der geplanten EU-Geldwäschebehörde (AMLA) ein. Auch das Euro-Clearing soll nach unseren Vorstellungen künftig in Frankfurt stattfinden. Insbesondere im Finanzsektor wollen wir uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene auf das so genannte Goldplating verzichtet wird, also die Übererfüllung von EU-Regulierungen. Zudem wollen wir mit dem German Tech Festival eine Begegnungsplattform für InsurTech und FinTech-Gründerinnen und Gründer schaffen, um Hessen in diesen Bereichen zum Vorreiter zu machen. Wir setzen uns darüber hinaus für die Stärkung der Aktienkultur ein, die im Endeffekt auch dem Finanzplatz helfen wird, und begleiten daher die Initiativen der Bundesebene für eine Aktienrente und leichtere Zugänge zum Kapitalmarkt für Start-Ups und KMU.

Frage 4: Was planen Sie, um digitale Kompetenzen in der schulischen Bildung, aber auch in der Weiterbildung stärker zu fördern? Wie möchten Sie Bildungseinrichtungen modernisieren, zum Beispiel bei der IT-Ausstattung.

Antwort: Wir Freie Demokraten halten die Stärkung der digitalen Bildung für unverzichtbar. Sie muss bereits in den Kindertagesstätten beginnen, denn Kinder kommen von klein auf mit digitalen Medien in Berührung. Durch gute digitale Bildung in Kindertagesstätten und Grundschulen können eine sogenannte digitale Spaltung vermieden und mehr Kinder für MINT begeistert werden.

Darüber hinaus fordern wir einen flächendeckenden verpflichtenden Informatikunterricht in der Sekundarstufe I bis zum Ende der nächsten Wahlperiode.

Für die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen braucht es eine vergleichbare digitale Infrastruktur an allen Schulen. Diese beginnt bei einer flächendeckenden Ausstattung mit WLAN und einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung. Auch die Ausstattung mit der notwendigen Hard- und Software und leistungsfähigen und datenschutzkonformen Lernplattformen muss sichergestellt sein. Für eine schnelle, unbürokratische und zugleich datenschutzkonforme Verfügbarmachung digitaler Anwendungen müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, mit der technologische und pädagogische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden.

Da die Schulen die Situation vor Ort am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können.

Auch den Einsatz neuer Technologien wollen wir unterstützen, denn sie haben das Potenzial, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten. Besondere Chancen bieten hierbei KI-gestützte Anwendungen, deren Einsatz wir mit einem speziellen Einsatzrahmen, der Einrichtung von KI-Innovationsschulen und einem Pool KI-gestützter Anwendungen fördern wollen.

Die Ausstattung der Schulen mit einem nachhaltigen IT-Supportkonzept muss sichergestellt und mit ausreichend Ressourcen hinterlegt sein.

Auch im Bereich der Weiterbildung wollen wir einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und digitale Bildung legen. Dafür müssen Weiterbildungen und die entsprechenden Einrichtungen in Hessen auskömmlich finanziert sein. Darüber hinaus wollen wir die Einführung eines speziellen Förderprogramms im Bereich digitale Infrastruktur prüfen.

Frage 5: Wie möchten Sie Bürokratie durch bessere Regulierung, Rechtssetzung und vor allem den Abbau überflüssiger bürokratischer Vorgaben verhindern? Wie kann die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigt und modernisiert werden?

Antwort: Ein umfassender Bürokratieabbau wäre ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif, das wir gerade jetzt ganz dringend brauchen. Neben einem schlanken Vergaberecht haben wir dazu mehrere Ideen auf Landesebene entwickelt.

Die bürokratischen Anforderungen für Gründer und Unternehmen wollen wir auf ein Mindestmaß reduzieren. Der Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden soll im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips gestaltet werden, sodass Anträge, Formulare und Daten nur einmal digital erfasst werden. Das spart Zeitaufwand und Kosten für Unternehmen und für die öffentliche Hand. Das Instrument des einheitlichen Ansprechpartners als Lotsen durch die öffentliche Verwaltung wollen wir stärken und ausbauen.

Jedes Gesetz schafft Bürokratie und jede Ausnahme sowie jeder Sondertatbestand erhöht den Aufwand zusätzlich. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Länder die Aufgaben des Landesrechnungshofes so erweitern, dass er Gesetze und Vorschriften regelmäßig bezüglich ihres Bürokratieaufwandes überprüft und Vorschläge für Vereinfachungen und Digitalisierung macht.

Ein entscheidender Schritt zur Entbürokratisierung ist eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung.

Ein Staat, der digitalisieren will, muss auch selbst digital arbeiten. Das gilt sowohl für die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern, für die Interaktionen mit Unternehmen und für die Interaktion mit Vereinen und Verbänden. Es gilt sowohl für die Interaktionen innerhalb der Verwaltungshierarchien als auch für die interne Arbeit. Ohne eine Beschleunigung der digitalen Transformation in der Verwaltung besteht die Gefahr, dass die öffentlichen Verwaltungen zur Innovationsbremse werden.

Dass die hessische Landesverwaltung digitale Dienste auf einem Verwaltungsportal anbietet, ist wenigen Menschen bekannt – noch weniger nutzen dieses Angebot. Dass die Nutzerzahlen so gering sind, liegt leider häufig auch an fehlender Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Berücksichtigung der Benutzererfahrung. Die Beantragung einer öffentlichen Leistung sollte nicht komplexer gestaltet sein als die Bestellungen bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Mit der vollständigen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist die Digitalisierung nicht abgeschlossen. Die bloße Digitalisierung der Schnittstelle Bürger – Verwaltung (Frontend) greift zu kurz, da die Effizienz der Verwaltung nicht gesteigert wird und die Unzufriedenheit sogar noch zunehmen kann. Vielmehr muss auch der Bereich des Backends digitalisiert werden, wobei eine schlichte Umsetzung analoger Prozesse fahrlässig wäre.

Eine digitale Verwaltung benötigt neue Arbeitsbedingungen. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten für Beschäftigte in der Landesverwaltung. Elemente der New-Work Philosophie tragen einem dadurch veränderten Platzbedarf Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, offene Bürokonzepte, flexible Arbeitsplätze und eine Kombination aus Einzel- und Gemeinschaftsarbeitsplätzen zu etablieren. Dabei streben wir eine weitere Verstärkung der

länderübergreifenden Zusammenarbeit an, damit es nicht zu Insellösungen in Deutschland kommt.

Frage 6: Das Land Hessen hat das Ziel ausgegeben, bis 2045 seinen Strom- und Wärmebedarf komplett aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Welche Initiativen auf Bundesebene und konkrete Maßnahmen auf Landesebene planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Antwort: Die Klimaziele werden wir nur erreichen, wenn wir maximale Technologieoffenheit ermöglichen und der CO₂-Effizienz einen besonders hohen Stellenwert beimessen. Am besten wird das durch den Emissionshandel sichergestellt, weil er Anreize für CO₂-Vermeidung setzt und - im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer - die Menge an Treibhausgasen real vermindert. Der Nutzung von wasserstoffbasierten Technologien wird eine Schlüsselrolle zukommen, da Wasserstoff in allen Sektoren und Branchen eingesetzt werden kann. Wir Freie Demokraten haben deshalb ein Wasserstoffzukunftsgesetz für Hessen erarbeitet, um die Versorgung und Verteilung von Wasserstoff zu sichern. Außerdem wird der Zubau von Solaranlagen, insbesondere auf Dächern, an Wänden und gebäudeintegriert einen wichtigen Beitrag leisten. Wir wollen zudem die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse und Biomethan fördern. Hier besteht noch erhebliches Potential. Auch Tiefengeothermie kann in Hessen, insbesondere in Südhessen, einen großen Beitrag leisten, da die geologischen Voraussetzungen (Oberrheingraben) hier besonders günstig sind. Schließlich ist auch das Potenzial der Wasserkraft noch längst nicht ausgeschöpft. Die hier erzeugte Strommenge könnte noch deutlich gesteigert werden und regional zur Versorgung beitragen. Im weiteren Ausbau von Wärmenetzen und in Quartierskonzepten sehen wir ebenfalls viel Potential für eine klimafreundliche Wärmeversorgung.

Frage 7: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die betriebliche Weiterbildung im Zuge der Transformation zu stärken und attraktiver zu gestalten?

Antwort: Für die Beschäftigten bilden betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen ein wichtiges Instrument des lebenslangen Lernens, für Betriebe ermöglichen sie die laufende Anpassung der Fertigkeiten ihrer Beschäftigten an veränderte Anforderungen der Arbeitswelt. Andere Bundesländer haben bereits Initiative ergriffen und landeseigene Förderprogramme für die betriebliche Weiterbildung aufgelegt. Dieses wollen wir auch für Hessen prüfen. Wie im Bereich der schulischen, beruflichen und universitären Bildung wollen wir auch im Bereich der Erwachsenenbildung die Digitalisierung des Kursangebotes und der Lehrmittel vorantreiben, denn hier ist die Vermittlung digitaler Kompetenzen von besonderer Bedeutung. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sollten die anerkannten Weiterbildungsträger in Hessen stärker unterstützt werden. Die berufliche Weiterbildung ist darüber hinaus eine der zentralen Säulen im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Statt einer Aufstiegsprämie von lediglich 1.000 Euro wollen wir die Meisterausbildung und alle vergleichbaren Qualifikationen vollständig kostenfrei stellen.

Frage 8: Was planen Sie, um Startups und kleine und mittlere Unternehmen stärker zu vernetzen? Welche Standortfaktoren sehen Sie für Gründer in Hessen als verbesserungsfähig an? Was konkret würden Sie tun? Was planen Sie, um Startups und kleine und mittlere Unternehmen stärker zu vernetzen?

Antwort: Um die Zusammenarbeit zwischen Startups und KMU zu stärken, wollen wir ein günstiges Umfeld für Innovation und Unternehmensgründungen zu schaffen. Dazu gehört zum einen, dass wir bürokratische Hürden abbauen und den Gründergeist fördern, um die Gründung neuer Unternehmen zu erleichtern. Zum anderen wollen wir die Vernetzung zwischen Startups und etablierten KMU fördern, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Wissen und Erfahrungen zu erleichtern. Auch die Bereitstellung von ausreichendem Kapital, z.B. durch die Förderung von Venture Capital, ist ein wichtiger Baustein, um Startups und KMU zu unterstützen und ihre Zusammenarbeit zu fördern.